

News rund um die Firmengründung sowie der Wirtschaft

[Anziehungskraft des „Goldenen Dreiecks“ ist stärker als der Brexit](#)

09.05.2019 13:48 von Elrico Tschann



Die Investitionen vom Kontinent in Start-ups auf der Insel legen deutlich zu. Dabei sind Fintech-Unternehmen besonders beliebt. Doch die Gründer treffen auch Vorkehrungen, um für Eventualitäten gewappnet zu sein.

Großbritanniens Tech-Unternehmen sind bei europäischen Investoren beliebter denn je. 1,89 Milliarden Pfund (2,21 Milliarden Euro) konnten sie im vergangenen Jahr auf dem Kontinent einsammeln, 14 Prozent mehr als im Vorjahr und 2,4 Mal so viel wie 2015 vor der Brexit-Entscheidung, zeigt eine aktuelle Untersuchung der britischen Kanzlei Penningtons Manches. Besonders engagiert sind Investoren aus Frankreich und den Niederlanden, die jeweils 450 Millionen Pfund anlegten. Aus Deutschland kamen 330 Millionen Pfund.

[Weiterlesen ... Anziehungskraft des „Goldenen Dreiecks“ ist stärker als der Brexit](#)

[BMF-Information zu Brexit-Szenarien und zu den steuerlichen Auswirkungen bei einem „ungeregelten“ Brexit](#)

20.02.2019 14:40 von Admin



BMF-Information zu Brexit-Szenarien und zu den steuerlichen Auswirkungen bei einem „ungeregelten“ Brexit

Das BMF hat einen Überblick über die möglichen Szenarien für den EU-Austritt Großbritanniens nach Ablehnung des Austrittsabkommen durch das britische Parlament am 15.1.2019 veröffentlicht. Dies kann ein geregelter EU-Austritt („deal“), die Verlängerung der Verhandlungsphase und Rücknahme des Austrittsgebots oder ein ungeregelter EU-Austritt („no deal“) sein.

Im Falle eines „ungeordneten“ Brexit per Ende März 2019 (d.h. ohne Austrittsabkommen und ohne „Übergangsphase“) wäre Großbritannien mit sofortiger Wirkung als Drittstaat zu behandeln – mit entsprechenden steuerlichen Konsequenzen für Unternehmen im Bereich der Ertragsteuern und der Umsatzsteuer sowie für Privatpersonen.

[Weiterlesen ... BMF-Information zu Brexit-Szenarien und zu den steuerlichen Auswirkungen bei einem „ungeregelten“ Brexit](#)

[Brexit-Begleitgesetz 2019 für die Limited in Österreich](#)

22.01.2019 12:32 von Insolution Team



Brexit-Begleitgesetz 2019 für den Bereich des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz.

Da nach derzeitigem Stand das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland mit Ablauf des 29. März 2019 aus der Europäischen Union austreten wird und die Abstimmung über das zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union verhandelte Austrittsabkommen im britischen Unterhaus am 15. Jänner 2019 gegen das Austrittsabkommen ausgefallen ist, kann ein „hard Brexit“, also ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ohne Austrittsabkommen, derzeit nicht ausgeschlossen werden.

[Weiterlesen ... Brexit-Begleitgesetz 2019 für die Limited in Österreich](#)

[Brexit - Rechtliche Folgen für die Limited, PLC und LLP](#)

19.12.2018 08:55 von Insolution Team



Wie sich der Brexit auf den Status der in Österreich, Deutschland und EU ansässigen Gesellschaften in englischer Rechtsform auswirkt.

Eine für die Praxis grundsätzlich bedeutsame Frage ist, wie sich ein Brexit auf den Status der in Österreich, Deutschland und EU ansässigen Gesellschaften in englischer Rechtsform auswirkt. Dies betrifft vor allem die auch hierzulande weit verbreitete Limited Company (Ltd.), die der österreichischen bzw. deutschen GmbH vergleichbar ist, und die Public Limited Company (PLC) die der österreichischen bzw. deutschen AG vergleichbar ist sowie die Limited Liability Partnership (LLP) als eine haftungsbeschränkte Personengesellschaft.

[Weiterlesen ... Brexit - Rechtliche Folgen für die Limited, PLC und LLP](#)

[Zu hohe Arbeitskosten in Österreich](#)

06.04.2018 09:09 von Elrico Tschann



Auf einen Euro netto kommen 89 Cent Abgaben – Nur sechs Länder sind teurer.

Bei der steuerlichen Belastung der Arbeitnehmer liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Auf einen Euro Nettoeinkommen für einen Durchschnittsverdiener kommen 89 Cent Steuern und Abgaben. Darauf weist die liberale Denkfabrik Agenda Austria hin. Zu den staatlichen Abgaben gehören der Dienstnehmer- und der Dienstgeberbeitrag zur Sozialversicherung sowie die Einkommensteuer.

[Weiterlesen ... Zu hohe Arbeitskosten in Österreich](#)

[Einigkeit bei digitaler Betriebsstätte in Österreich.](#)

23.11.2017 09:25 von Elrico Tschann



Die beiden Parteien (ÖVP und FPÖ) haben auf ihrem Weg zu einer möglichen Koalition Einigung darüber erreicht, wie Steuerflucht von Web-Firmen in Österreich unterbunden werden soll.

Die Steuerflucht von Web-Konzernen war ein großes Thema im Wahlkampf, so gut wie alle Parteien waren sich einig, dass Facebook, Google und Co. künftig ein Scherflein zum heimischen Budget beitragen sollen. Entsprechend schnell haben nun ÖVP und FPÖ in ihren Koalitionsverhandlungen in diesem Punkt Einigung erzielt und sich für das Modell der „digitalen Betriebsstätte“ entschieden.

[Weiterlesen ... Einigkeit bei digitaler Betriebsstätte in Österreich.](#)

[Irland das Steuerparadies der Konzerne](#)

06.10.2017 11:13 von Insolution Team



Irland soll bei Apple 13 Milliarden Euro Nachsteuern eintreiben – und tut sich schwer damit.

13 Milliarden Euro, damit lässt sich etwas anfangen. Man könnte jedem Bewohner Irlands 3000 Euro auszahlen, das irische Gesundheitsbudget bestreiten, die Kinderarmut auf der Insel überwinden oder Olympische Sommerspiele ausrichten, je nach Präferenz.

Doch die Regierung in Dublin ist unsicher, ob sie das Geld wirklich will. Heute Freitag kommt das Kabinett erneut zusammen, um zu beraten, ob es anfechten soll, was die EU-Kommission diese Woche entschieden hat: dass Irland bei der Firma Apple Nachsteuern über 13 Milliarden Euro eintreiben muss – ob sie will oder nicht. Zwischen 2003 und 2013 habe Apple in Irland zu tiefe Steuern bezahlt, sagt die Kommission; das sei ungerecht gegenüber den anderen Firmen.

[Weiterlesen ... Irland das Steuerparadies der Konzerne](#)

[Das neue Start-up-Paket in Österreich für 2017](#)

23.12.2016 08:46 von Insolution Team



SPÖ und ÖVP einigen sich auf Maßnahmen im Rahmen von 185 Millionen Euro.

Den vielen Worten folgen jetzt Taten: Nachdem sich Regierungsvertreter, allen voran Staatssekretär Harald Mahrer, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und zuletzt auch der neue Bundeskanzler Christian Kern, für Maßnahmen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für österreichische Start-ups ausgesprochen haben, wurde heute Vormittag im Ministerrat das Start-up-Paket beschlossen. Es umfasst Maßnahmen im Rahmen von 185 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre. Bundeskanzler Kern sagte Ende Mai am Pioneers Festival, dass Start-ups „absolute Priorität“ hätten und versprach Maßnahmen, jetzt liegen sie auf dem Tisch.

[Weiterlesen ... Das neue Start-up-Paket in Österreich für 2017](#)

[Britische Regierung will Steuern für Firmen senken bezüglich dem Brexit](#)

06.07.2016 10:55 von Insolution Team



London – Mit einer drastischen Steuersenkung will Grossbritannien nach dem Brexit-Votum Unternehmen im Land halten. Finanzminister George Osborne wolle die Körperschaftssteuer auf unter 15 Prozent senken, erklärte das Finanzministerium am Montag in London.

Die Körperschaftssteuer liegt heute bei 20 Prozent. Mit der tieferen Steuer wolle Osborne die negativen Folgen für Grossbritannien im Zuge des EU-Austritts begrenzen, berichtete die Zeitung «Financial Times» am Sonntag. Ein Datum für die Massnahme nannte der Finanzminister dem Blatt zufolge zunächst nicht.

[Weiterlesen ... Britische Regierung will Steuern für Firmen senken bezüglich dem Brexit](#)

[Neue Studie: Österreich gilt als immer korrupter](#)

09.04.2016 10:15 von Insolution Team



Im Korruptionsindex von Transparency International ist Österreich auf Platz 16 abgerutscht. 2005 lag Österreich im Ranking auf Rang zehn. Die Organisation verlangt von der Wiener Regierung rasche Reformen.

Österreich wird im Langzeitvergleich immer mehr als korruptes Land wahrgenommen. Das geht aus dem am Donnerstag publizierten „Korruptionsindex“ von Transparency International hervor. Von 183 untersuchten Ländern liegt Österreich auf Rang 16.

[Weiterlesen ... Neue Studie: Österreich gilt als immer korrupter](#)

Weitere News

[Weitere News im Überblick](#)